

sequenzen«. In einem langen Rededuell zwischen dem sowjetischen und dem USA-Botschafter schoben sich beide Seiten gegenseitig die Schuld am Scheitern eines Kompromißtextes zu.

So endete zunächst die Phase der Erörterung der indisch-pakistanischen Krise im Sicherheitsrat mit einem Fragezeichen. Die Forderungen des Sicherheitsrates waren klar und eindeutig: Maßnahmen zum Rückzug der Truppen innerhalb von drei Wochen und Verbot weiterer militärischer Handlungen. Aber würden Inder und Pakistani der »Forderung« des Sicherheitsrates entsprechen und die gemeinsamen Vorkerhungen für den Rückzug der »bewaffneten Personen« treffen? Sowohl der indische wie der pakistanische Außenminister erklärten in Pressekonferenzen nach dem Beschluß des Rates, daß sie mit der UNO kooperieren würden, um die Resolution durchzuführen. Aber der indische Außenminister ließ keinen Zweifel darüber, daß unter »bewaffneten Personen« auch die pakistanischen »subversiven Eindringlinge« in Kaschmir zu verstehen seien und daß ihre Rückberufung zu den Voraussetzungen des Truppenabzuges gehöre. Umgekehrt vertrat der pakistanische Außenminister die Theorie, daß, selbst wenn Pakistani die Waffenstillstandslinie überschritten und in den indischen Teil Kaschmirs »hinübergegangen« seien, sie als Kaschmiris das Recht gehabt hätten, ihre Heimat Kaschmir aufzusuchen.

Damit blieb aber die Durchführung gerade jenes Punktes der Entschließung vom 20. September, die nach der Feuereinstellung den nächsten Schritt darstellte, problematisch.

Das wiederaufgelebte Vertrauen in die Wirksamkeit der Vereinten Nationen und die Notwendigkeit ihrer Existenz ist

nicht nur dank der Arbeitsfähigkeit der 20. Vollversammlung, sondern vor allem durch den Erfolg der Weltorganisation bei der Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Indien und Pakistan verstärkt worden - auch wenn die Zukunft noch ungewiß ist.

(Abgeschlossen am 7. November 1965)

Anmerkungen:

- 1 UN-Doc. A/6001/Add. 1 vom 20. September 1965.
- 2 UN-Doc. A/6041 vom 11. Oktober 1965.
- 3 UN-Doc. A/RES/2012 (XX) vom 12. Oktober 1965.
- 4 UN-Doc. A/6041/Add. 1 vom 3. November 1965.
- 5 UN-Doc. A/RES/2022 (XX) vom 8. November 1965.
- 6 UN-Doc. A/RES/2011 (XX) vom 12. Oktober 1965.
- 7 UN-Doc. A/RES/2020 (XX) vom 2. November 1965.
- 8 UN-Doc. A/RES/2019 (XX) vom 2. November 1965.
- 9 UN-Doc. A/RES/2017 (XX) vom 2. November 1965.
- 10 Siehe VN Heft 5/65 S. 154.
- 11 UN-Doc. S/RES/211 (1965) vom 20. September 1965. - Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 5/65 S. 183.
- 12 UN-Doc. S/RES/209 (1965) vom 4. September 1965 und S/RES/210 (1965) vom 6. September 1965. - Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 5/65 S. 183.
- 13 UN-Doc. S/RES/210, siehe Anm. 12, aaO.
- 14 UN-Doc. S/6651 vom 3. September 1965.
- 15 UN-Doc. S/6683 vom 16. September 1965.
- 16 UN-Doc. S/6686 vom 16. September 1965.
- 17 UN-Doc. S/6694 vom 20. September 1965.
- 18 UN-Doc. S/6699 vom 21. September 1965.
- 19 UN-Doc. S/RES/215 (1965) vom 27. September 1965.
- 20 UN-Doc. S/6715 vom 26. September 1965.
- 21 UN-Doc. S/6720 vom 28. September 1965.
- 22 UN-Doc. S/6810 vom 19. Oktober 1965.
- 23 UN-Doc. S/6782 vom 13. Oktober 1965.
- 24 UN-Doc. S/6821 vom 22. Oktober 1965.
- 25 UN-Doc. S/6823 vom 24. Oktober 1965.
- 26 Siehe Anm. 24.
- 27 UN-Doc. S/6876 vom 4. November 1965.
- 28 Siehe Anm. 19.

Die Bundesrepublik und die Vereinten Nationen

Dokumente und Nachrichten

Der Bundespräsident beglückwünscht die FAO

Der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), einer Sonderorganisation, in der die Bundesrepublik Deutschland Vollmitglied ist, hat der Bundespräsident aus Anlaß ihres zwanzigsten Gründungstages am 16. Oktober folgendes Grußwort übersandt:

»Zum 20. Jahrestag ihrer Gründung übermittele ich der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen im Namen der Bundesrepublik Deutschland meine aufrichtigen Glückwünsche. Die FAO hat Grund, mit Stolz auf die Arbeit zurückzublicken, die sie in den beiden letzten Jahrzehnten im Dienste der Menschheit und der Menschlichkeit in fast allen Ländern der Welt geleistet hat. Deutschland hat die Tätigkeit der Organisation von Anfang an hoch eingeschätzt; die FAO war daher eine der ersten Weltorganisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland nach ihrer Konstituierung beigetreten ist.

Deutschland ist bereit, auch in Zukunft im Rahmen seiner Möglichkeiten die segensreiche Arbeit der FAO nach Kräften zu fördern. In den letzten Jahren hat die Tätigkeit der Organisation in erster Linie der Entwicklung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern gegolten. In diesen Ländern muß im Rahmen der Gesamtentwicklung ihrer Wirtschaft eine sehr erhebliche Steigerung der Nahrungsproduktion erreicht werden, wenn die drohende Gefahr einer Hungerkatastrophe in vielen Ländern gebannt werden soll. Ich bin überzeugt, daß die FAO maßgeblich dazu beitragen wird, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt wird aber nur gewonnen werden können, wenn wir alle uns der großen Aufgabe und Verantwortung bewußt sind, die uns in den nächsten Jahrzehnten gestellt sind. Nur durch Taten und Opfer kann der Kampf gegen den Hunger gewonnen werden. Die FAO ist berufen, diese Erkenntnis möglichst weiten Bevölkerungskreisen in allen Ländern der Welt nahezubringen. Wir alle müssen dabei helfen, daß die FAO auch dieser Aufgabe gerecht werden kann. Heinrich Lübke, Präsident der Bundesrepublik Deutschland.«

Zwanzigster Jahrestag der Vereinten Nationen in der Kongreßhalle

Des 20jährigen Bestehens der Vereinten Nationen gedachte die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen am

24. Oktober durch eine Matinee in der Kongreßhalle Berlins. Der Vorsitzende des Landesverbandes und Präsident des Abgeordnetenhauses, Otto Bach, eröffnete mit Verlesung von Grußbotschaften u. a. des Bundespräsidenten. In einer mitreißenden Ansprache stellte er das Bekenntnis zum Wirken der einzigen Weltfriedensorganisation heraus, die trotz mancherlei Enttäuschungen und bisweilen auf Kosten der Gerechtigkeit die Beendigung von Konflikten durch Kompromisse erreicht und damit das Schlimmste verhütet habe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Referat von Professor Dr. Fritz Münch vom Max-Planck-Institut für Völkerrecht in Heidelberg über das Thema »Zwanzig Jahre Vereinte Nationen - was nun?«. Münch analysierte die Bestrebungen der Menschheit, zu einem geordneten Frieden zu gelangen, und prüfte die Möglichkeiten im Rahmen des Völkerrechts. Der Berliner Schulsenator Carlheinz Evers, Präsidialmitglied des Landesverbandes Berlin, überbrachte die Grüße des Senats und verlas die Grüße vom Bundesvorsitzenden der Gesellschaft, Professor Dr. Walter Erbe, Tübingen. Der Senator betonte in seinem Schlußwort, daß die Völker Asiens und Afrikas einen selbstbewußteren geistigen und kulturellen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Arbeit der Vereinten Nationen erwarteten, der über rein materielle Hilfe hinausgehen müsse. - Die Veranstaltung war mit 700 Personen außerordentlich gut besucht. Fernsehen und Rundfunk brachten Interviews und berichteten ungewohnt ausführlich. Um diese repräsentative Veranstaltung herum fanden 27 weitere in Volkshochschulen, Schulen, Verbänden und Organisationen statt. Die Jugendgruppe des Landesverbandes verteilte eine Ausgabe ihres »UN-Forum« an alle Berliner Schulen.

Auch sonst war der Landesverband in gewohnter Weise rege. Der Weltkindertag wurde durch ein internationales Kinderfest für über 100 Kinder festlich im Pestalozzi-Froebel-Haus begangen. - Die Betreuung zahlreicher ausländischer Gäste ging weiter. Von ihnen sind die Staatspräsidenten der Zentralafrikanischen Republik, David Dacko, und der Republik von Rwanda, Dr. Kayebanda, einige Minister aus

Nigeria, Iran, Somalia, Australien, Britisch-Guayana und der Türkei besonders zu nennen. Der Finanzberater der amerikanischen UN-Gesellschaft, Dr. Kretzmann, machte Erläuterungen zu seiner Studie »Die Lösung der Finanzkrise in den UN«. Weitere Gäste waren Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Parlamentsdelegationen aus verschiedenen Staaten, die Bürgermeister von Kopenhagen und Saragossa, und die ständigen UN-Delegierten von Burundi, Elfenbeinküste und Guinea.

Frau Eva Fritzeiler

die Geschäftsführerin des Landesverbandes Berlin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, nahm auf Einladung von Premierminister Dr. Hastings Banda in Blantyre, der Hauptstadt der Südregion von Malawi, als Ehrengast an den Feierlichkeiten anlässlich des ersten Unabhängigkeitstages des jungen zentralafrikanischen Staates teil. Die Einladung hatte der Ministerpräsident bei seinem mehrtägigen Besuch in Berlin Ende Mai dieses Jahres auf Vorschlag des malawischen Botschafters in der Bundesrepublik ausgesprochen (vgl. VN Heft 4/65 S. 142).

Nachruf auf Max Beer

Dr. Max Beer, der Senior der Pressekorrespondenten am Hauptsitz der Vereinten Nationen, ist am 27. Oktober in New York im Alter von 79 Jahren gestorben. Er vertrat in New York seit mehr als fünfzehn Jahren bis unmittelbar vor seinem Tod die »Neue Zürcher Zeitung« und von 1956 bis 1963 erst das Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und später unsere Zeitschrift »Vereinte Nationen«. – Max Beer nahm unter seinen Kollegen eine Sonderstellung ein. Er war ein Symbol. In seinem langen Journalistenleben war es ihm vergönnt gewesen, die Bemühungen unserer Zeit um die Gestaltung des internationalen politischen Lebens von Beginn an aus eigener Anschauung zu erleben: erst beim Völkerbund in Genf und nach dem Krieg bei den Vereinten Nationen in New York. So galt er allgemein als das lebendige Bindeglied zwischen diesen Weltorganisationen. Max Beer gehörte zur ersten Journalistengarnitur, er war ein brillanter Feuerkopf und ein hervorragender Stilist. Mühelos überschaute er die internationalen Zusammenhänge. Wenn er dennoch bisweilen einseitig berichtete, so lag es weniger an seinem Verstand als an seinem Temperament. Sein Witz und seine Schlagfertigkeit, häufig auch sein Sarkasmus, waren in Kollegenkreisen bekannt, geschätzt oder gefürchtet. Die Tagesereignisse kommentierte er mit passender Pointe. Er glaubte, seinen Freunden und Kollegen in den Vereinten Nationen täglich eine Geschichte schuldig zu sein. Kam sie gut an, war für ihn der Tag gerettet. Hammar skjöld, den Max Beer hoch verehrte und der seinerseits den überlegenen Journalisten sehr schätzte und so manches Mal in sein Vertrauen zog, bereitete ihm vor einigen Jahren eine ungewöhnliche Freude, als er Beer anlässlich eines Essens, das dieser den wichtigsten Gratulanten seines 50jährigen Berufsjubiläums gab, sein eigenes Verdienstabzeichen der UNO schenkte, eine Auszeichnung, die Beer mit Hammar skjölds Worten »so reichlich verdient« hätte, ihm aber nicht verliehen werden konnte, da sie aktiven Angehörigen der UNO vorbehalten ist. Und U Thant, der gegenwärtige Generalsekretär, nannte Beer in seinem Nachruf eine »einmalige Institution in der Geschichte der internationalen Organisationen«. – Die Trauerfeier für Dr. Max Beer brachte Abschiedsworte von drei Freunden: Von Rabbiner Perlzweig, der sowohl die Totenhandlung hielt als auch den Toten persönlich würdigte, vom Kabinettschef des Generalsekretärs, Dr. Rolz-Bennett, und vom Präsidenten der Vereinigung der UN-Korrespondenten, ein Ehrenamt, das Beer 1954 selbst innegehabt hatte. Viele Diplomaten, darunter der Botschafter seines Geburtslandes Österreich, der deutsche und der schweizer Botschafter und zahlreiche Kollegen Beers nahmen teil. Aus aller Welt kamen Beileidstelegramme, darunter von Bundespräsident Lübke. – Max Beer folgte seiner Gattin bald nach. Sie war nach langjähriger schwerer Krankheit, während umsorgt von ihrem Gatten, vor einigen Monaten verstorben. Beer hinterläßt einen Sohn und zwei Enkelkinder. Der Name Max Beer wird mit der Geschichte des Völkerbundes und der Vereinten Nationen verbunden bleiben. –

Das Telegramm des Bundespräsidenten an Dr. Ferdinand Beer, den Sohn des Verstorbenen, hat folgenden Wortlaut: »Zum Heimgang Ihres Herrn Vaters spreche ich Ihnen mein herzliches Beileid aus. Die Nachricht vom Ende dieses reich erfüllten Lebens trifft viele Deutschen, die ihn kannten, schmerzlich. Der Verstorbene hat sich durch mehr als 40 Jahre mit leidenschaftlicher Anteilnahme für die politische und moralische Stellung Deutschlands in der Welt – zunächst im Völkerbund und später in den Vereinten Nationen – eingesetzt. Trotz des auch ihm in der Zeit des Nationalsozialismus zugefügten Unrechts war er dem deutschen Volk aufs engste verbunden geblieben. Sein Name wird unvergessen bleiben. Heinrich Lübke, Präsident der Bundesrepublik Deutschland.«

Vizekanzler Mende zum Zonengesuch auf UN-Mitgliedschaft

Dr. Erich Mende befaßte sich in seiner Eigenschaft als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen am 30. Oktober 1965 mit den eine Woche zuvor in Thüringen unter der Bezeichnung »Oktobersturm« abgehaltenen Manövern der Warschauer-Pakt-Staaten und dem Glückwunsch, den der SED-Chef Ulbricht an Generalsekretär U Thant anlässlich des 20jährigen Bestehens der Vereinten Nationen gerichtet hatte. Zu letzterem sagte Dr. Mende folgendes:

»Während in Mitteldeutschland die große aggressive Militärschau unter Teilnahme von Truppenverbänden der Staaten des Warschauer Paktes stattfand, richtete der SED-Chef Ulbricht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, ein Telegramm, in dem er für Mitteldeutschland den Anspruch geltend machte, in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen zu werden. Seinen Anspruch glaubt Ulbricht mit dem Hinweis geltend machen zu können, daß das SED-Regime dank seiner »konsequenten Politik des Friedens bereits seit langem berechtigt ist, den Anspruch auf volle Mitgliedschaft zu erheben. Die Aufnahme Mitteldeutschlands in die UN werde weiter Autorität und Wirksamkeit der Weltorganisation »beträchtlich« erhöhen.

Am 24. Oktober jährte sich zum zwanzigsten Male der Tag, an dem die Charta der Vereinten Nationen in Kraft getreten ist. 20 Jahre lang bemüht sich die Weltorganisation mit wechselndem Erfolg aber mit gleichbleibender Entschlossenheit darum, den Zielen näherzukommen, die im Artikel 1 dieser Charta niedergelegt sind, und zwar den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren; freundschaftliche, auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln; in internationaler Zusammenarbeit Probleme wirtschaftlicher, sozialer und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten zu fördern und zu festigen; ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Diese nur auf demokratischer Grundlage zu erstrebenden Ziele der Vereinten Nationen lassen sich mit den bisherigen Praktiken des SED-Regimes nur schlecht vereinbaren. Trotzdem machte Ulbricht zum 20. Jahrestag dieser Weltorganisation einen Anspruch des unter seiner Herrschaft befindlichen mitteldeutschen Gebietes geltend, in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen zu werden. Ihm kam es dabei lediglich darauf an, ungeachtet der Spaltung Deutschlands, Mitteldeutschland unter seinem Regime vor der Welt aufzuwerten, so wie er jede Gelegenheit wahrnimmt, um die sowjetischen Spaltertheorien in Deutschland zu untermauern.

Im Gegensatz zum Vorgehen Ulbrichts hat Bundespräsident Lübke zum 20. Jahrestag der Vereinten Nationen an deren Generalsekretär U Thant ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: »Obgleich Deutschland infolge seiner unglückseligen Teilung noch nicht Mitglied der Vereinten Nationen sein kann, nehmen das deutsche Volk und seine Regierung größten Anteil an der Tätigkeit der Weltorganisation.«

Deutschland ist infolge seiner bedauerlichen Zerreißung nicht Mitglied der Vereinten Nationen, sondern muß sich vorläufig mit einer Beobachterfunktion durch einen Botschafter begnügen. Den Grundsätzen und Zielen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, fühlt sich jedoch das ganze deutsche Volk in friedliebender Gesinnung verpflichtet.

Auch Manöver und starke Worte können der Welt nicht erklären, warum man Mauern und Stacheldrahtverhaue errichten muß, um 18 Millionen Menschen die Freizügigkeit im eigenen Land zu verwehren. Was von den Kommunisten als antifaschistischer Schutzwall bezeichnet wird, ist längst als Gefängnismauer gegen die eigenen Leute entlarvt worden.

Wie sagte doch der Präsident der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, Philippine Lopez, angesichts der Mauer

in Berlin? – »Dies ist die einzige Stadt in der ganzen Welt, in der der Weg von einem Teil der Stadt in den anderen unter Todesstrafe steht!«

Möge aus dieser Feststellung den Vereinten Nationen die Verpflichtung erwachsen, diese Verletzung der Menschenrechte im geteilten Deutschland zu überwinden!«

Der sich auf die Ausführungen Vizekanzler Mendes beziehende Passus des Ulbricht-Telegrammes lautet:

»Die Deutsche Demokratische Republik ist gewiß, daß sie durch ihre konsequente Politik des Friedens und der Erfüllung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen bereits seit langem berechtigt ist, den Anspruch zu erheben, als gleichberechtigtes Mitglied zur Verwirklichung der hohen Ziele der Organisation der Vereinten Nationen beizutragen.«

Ein Sprecher der Vereinten Nationen hat zu dem Telegramm erklärt, es werde nicht als ein Antrag auf Mitgliedschaft behandelt.

»Grüße vom Himmel«

ist der Slogan einer neuen Aktion, die zugunsten der Flüchtlinge in aller Welt der bekannte Filmschauspieler Yul Brynner in seiner Eigenschaft als Sonderberater des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge vorbereitet hat und die gegenwärtig läuft. Den Flugpassagieren von 18 internationalen Luftfahrtgesellschaften, unter ihnen die Lufthansa, wird von Stewardessen eine 30-cm-Schallplatte mit Klavierwerken von Mozart, Beethoven, Schubert, Chopin, Schumann und Liszt, gespielt von den berühmtesten Pianisten unserer Zeit, unter ihnen Casadesus, Backhaus, Kempff und Arrau, angeboten. Die Passagiere füllen eine Karte aus und zahlen den Gegenwert von 4 Dollar. Die Platte wird dann dem gewünschten Empfänger zugestellt. Alle Beteiligten haben sich unentgeltlich zur Verfügung gestellt, so daß der gesamte Reinertrag dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen zufließen kann. Bei dem erst kürzlich angelaufenen Verkauf liegt die Lufthansa mit über 7000 vertriebenen Platten an der Spitze aller beteiligten Luftfahrtgesellschaften (s. Bild Seite 209).

Deutsche Wahl in den Verwaltungsrat des UN-Entwicklungsprogramms

Planmäßig ist von der Vollversammlung die Verschmelzung des Sonderfonds und des Erweiterten Programms für Technische Hilfe zum »UN-Entwicklungsprogramm« (UN-Development Programme) mit Wirkung ab 1. Januar 1966 beschlossen worden. Nur einige Länder des Ostblocks hatten sich dabei der Stimme enthalten, nachdem der sowjetische Delegierte seine »Überraschung« darüber zum Ausdruck gebracht hatte, daß ein Mann wie Paul Hoffman, der Generaldirektor des Sonderfonds und früherer Verwalter der Marshall-Hilfe, zum Leiter der neuen Organisation bestellt werden sollte. – In den aus 36 Mitgliedern gebildeten Verwaltungsrat wurde die Bundesrepublik Deutschland mit 16 von 18 Stimmen des wählenden Wirtschafts- und Sozialrates gewählt, und in der Auslosung der Mitgliedschaft für ein, zwei oder drei Jahre fiel ihr ein Dreijahreslos zu. Die hohe Stimmenzahl zugunsten der Bundesrepublik hat in Delegiertenkreisen erhebliches Aufsehen erregt. Man hatte zwar die Wahl Deutschlands für sicher gehalten, wobei jedoch 5 der 18 Stimmen als ungewiß galten, darunter die Stimmen der beiden arabischen Mitglieder Irak und Algerien; ferner die 3 Stimmen des Ostblocks. Die Wahl war geheim. Offiziell ist deshalb nicht zu ermitteln, welche 3 dieser 5 Stimmen auf Deutschland entfallen sind. Man vermutet jedoch, daß es sich bei ihnen nicht um die Sowjetunion und die Tschechoslowakei gehandelt hat, sondern um Rumänien, Algerien und Irak.

Deutscher Beitrag zum UN-Entwicklungsprogramm

Auf der Beitragsankündigungskonferenz in der großen Versammlungshalle der Vereinten Nationen konnte der deutsche Beobachter Botschafter von Braun am 2. November mitteilen, daß die Bundesrepublik Deutschland beabsichtige, wie in den Vorjahren einen Beitrag von mindestens 8 Mill. Dollar für das UN-Entwicklungsprogramm zu leisten, und daß noch erwogen werde, diesen Betrag zu erhöhen. – Mit seinem bisherigen Beitrag steht Deutschland an fünfter Stelle hinter

den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Schweden und Kanada, von denen die beiden letzteren in diesem Jahre wesentlich höhere Beiträge angekündigt haben.

Deutsche Teilnahme an der ITU-Konferenz in Montreux

Vom 12. September bis 12. November 1965 fand in Montreux die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion, der ältesten Sonderorganisation der Vereinten Nationen, statt. Die Konferenz, die in Zeitabständen von 5 bis 7 Jahren zusammentritt, konnte in diesem Jahre des 100jährigen Bestehens der Internationalen Fernmeldeunion eine Rekordbeteiligung von 500 Delegierten aus 122 der insgesamt 129 Mitgliedsländer der Union verzeichnen.

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland setzte sich aus Angehörigen des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen und des Auswärtigen Amtes zusammen. Sie stand unter Leitung von Bundespostminister Stücklen. Er wurde während des größten Teils der Konferenz von Staatssekretär Bornemann vertreten.

Die Hauptaufgaben der Regierungskonferenz bestanden in der Überarbeitung des Internationalen Fernmeldevertrages, der Bestimmung von Richtlinien für die künftige Arbeit der ständigen Organe der Union (internationale beratende Ausschüsse für Telegraphen- und Fernsprechkonferenzen, für Funkdienst und für Frequenzregistrierung), Aufstellung des Haushaltsrahmenplans für die Jahre 1966 bis 1971, sowie Neuwahl des Generalsekretärs, seiner Stellvertreter und der Mitglieder des Verwaltungsrats. Die Mitgliederzahl des Rates wurde von 25 auf 29 erhöht, um dem Zugang an neuen Unionsmitgliedern Rechnung zu tragen.

Die Bundesrepublik Deutschland, die seit 1959 einen Sitz im Verwaltungsrat innehat, wurde erneut in den Rat gewählt. 93 der an der Konferenz teilnehmenden Länder gaben in geheimer Wahl ihre Stimme für sie ab. Sie wird zusammen mit Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien und der Schweiz die Region »Westeuropa« im Rat vertreten.

Ihr 4. Pädagogen-Seminar

fürte die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen vom 9. bis 13. November 1965 im Europa-Haus Berlin durch. An dem Seminar nahmen 33 Pädagogen aller Grade und Schularten sowie der Schulverwaltung teil. Das Schwerpunkt des Seminars lag auf der Herausarbeitung und Durchführung von Modellfällen über Themen der Vereinten Nationen für den Schulunterricht. So zeigte Oberstudienrat Dr. H. W. Friese die »Vereinten Nationen als Beispiel des Zusammenwirkens der Fächer Geschichte, Geographie und Politologie« im Rahmen der Gemeinschaftskunde einiger Klassen einer Berliner Oberschule wissenschaftlichen Zweigs. Es fanden mehrere Hospitationen an Berliner Schulen statt. Ein Referat von Rektor H. Jenden galt den »Methoden der Aufbereitung von UN-Material für den Fernsehunterricht durch Schüler«. Allen Lehrproben und Vorfürungen schlossen sich Aussprachen an. Darüber hinaus gab der Aufenthalt in Berlin den Pädagogen Gelegenheit, die besondere politische und pädagogische Situation der Stadt persönlich kennenzulernen. Die Teilnehmer zeigten sich von dem Seminar sehr befriedigt. Voraussichtlich wird 1966 ein weiteres Pädagogen-Seminar stattfinden.

Bemerkenswerte politische Einstellung der Jugend

Umfangreiche Befragungen von Volks-, Berufs-, Oberschülern und -schülerinnen Oberbayerns über die Situation der Gegenwartsjugend durch Professor Heinz-Rolf Lückert von der Pädagogischen Hochschule der Universität München haben auf dem Sektor Politik eine bemerkenswerte Einstellung der Jugendlichen ergeben. Sie halten »die Sicherung des Friedens« für die wichtigste Aufgabe der Bundesrepublik. Erst hierauf folgt das Streben nach Wiedervereinigung und mit Abstand die Förderung des Wohlstandes. Als Mittel zur Förderung des Friedens schlagen die Jugendlichen totale Abrüstung und einen Appell an den guten Willen der Völker vor. Drei Viertel aller Befragten interessierten sich für Politik, in erster Linie aus Bildungsgründen, sodann aus Sorge um die Zukunft und »weil alle von den Folgen der Politik betroffen werden«. Als vorbildliche Staatsmänner gelten den Jugendlichen John F. Kennedy, Konrad Adenauer, de Gaulle und Dag Hammarskjöld.